

Poker um Gaskraftwerke

Stromwirtschaft macht Druck auf Bundesrat

Der Energie-Konzern Axpo verzichte auf den Bau von Gaskombikraftwerken in der Schweiz. Als Grund nannte er die Rahmenbedingungen, die einen rentablen Betrieb verumöglichten.

Die Axpo gab gestern bekannt, ihre Projekte für Gaskombikraftwerke am luzernischen Papierfabrikstandort Perlen und in der Basler Chemieregion Schweizerhalle zurückzustellen. Grund seien prohibitive politische Rahmenbedingungen. Schon die Bedingung des Parlaments, wonach 70 Prozent der anfallenden CO₂-Emissionen eines Gaskombikraftwerks in der Schweiz selber kompensiert werden müssten, lege die Messlatte für die Realisierbarkeit sehr hoch. Praktisch verumöglicht würden gasbetriebene Kraftwerke durch die Modalitäten der Anrechenbarkeit von CO₂-Kompensationsmassnahmen und das fehlende Potenzial, CO₂-Kompensationen im nötigen Umfang technisch und ökonomisch zu realisieren, erklärte die Axpo.

Die laufenden Projekte würden deshalb nicht weiter verfolgt. Eine Wiederaufnahme kommt laut Axpo-Chef Heinz Karrer nur bei einer Änderung der Rahmenbedingungen in Frage. Im Herbst diskutieren Bund und Stromwirtschaft nochmals. Der Bundesrat könnte noch in diesem Jahr entscheiden, den Auslandeanteil der CO₂-Kompensation von 30 auf 50 Prozent zu erhöhen.

Beim Verzicht auf Gaskombikraftwerke könne derzeit nicht ausgeschlossen werden, dass es im nächsten Jahrzehnt in der Schweiz Kapazitätsengpässe bis hin zu Netzinstabilitäten geben werde, teilte Axpo weiter mit. Damit verbunden sei ein erheblicher Preisdruk.

BWK halten an Plänen fest

Im Unterschied zur Axpo hält der Berner Energiekonzern BKW an seinem Projekt fest, in Utzendorf ein Gaskombikraftwerk zu bauen. Das Werk soll 2011 ans Netz gehen. Gas bleibe eine Option, obwohl die Rahmenbedingungen schwierig seien, sagte ein BWK-Sprecher. (ap/bin)

Seite 2

KOMMENTAR

Unsympathisch, aber realistisch

PATRICK FEUZ

Gaskraftwerke seien in der Schweiz wegen zu hoher Umweltauflagen unrentabel, sagt der Stromkonzern Axpo. Will er so den Bundesrat unter Druck setzen, die vom Parlament aufgebauten Hürden möglichst kräftig nach unten zu schrauben? Oder ist alles nur ein Vorwand, und die Axpo hat ihre Gaspläne in der Schweiz aus anderen Gründen längst begraben? Immerhin standen die Axpo-Projekte in der Gaskraftdiskussion nie im Vordergrund. Andere Energieunternehmen wie die BKW bleiben am Ball.

Gaskraftwerke sind unsympathisch: Mit ihrem enormen Treibhausgas-Ausstoss schaden sie dem Klima. Linke und rechte Politiker gratulierten deshalb gestern der Axpo – schliesslich ist Wahljahr. Der Bundesrat aber setzt zu Recht auf einen Energiemix, in dem auch Gaskraftwerke eine Rolle spielen. Nur so ist sein Ziel realistisch, die Schweiz zu jeder Zeit mit vergleichsweise günstigem Strom zu versorgen. Es wäre leichtsinnig, sich gegen die erwarteten Engpässe auf dem europäischen Strommarkt einzig mit einem neuen Kernkraftwerk wappnen zu wollen. Der Ersatz einer heutigen Anlage dauert selbst im schnellsten Fall Jahre – und wenn kurz vor der Volksabstimmung irgendwo eine KKW-Panne passiert, kann es auch ein Nein geben. Auf der anderen Seite gibt es keine politische Mehrheit für eine Politik, die radikal und ausschliesslich auf Energieeffizienz und Verzicht setzen will. Also braucht es als Übergangslösung ein Gaskraftwerk. Ein solches Vorhaben ist schnell realisierbar.

Damit durch ein Schweizer Gaskraftwerk die Belastung der Atmosphäre wenigstens nicht weiter zunimmt, hat das Parlament die vollständige Kompensation des Kohlendioxidausstosses verlangt. Jetzt läuft der Poker um die Details, und man darf nicht naiv sein: Der Bundesrat wird der Energiewirtschaft weit entgegenkommen und ihr erlauben, möglichst viel Kohlendioxid mit günstigen Emissionszertifikaten im Ausland zu kompensieren statt mit zunehmend teuren Inlandprojekten. So wird es voraussichtlich auch in der Schweiz ein rentables Gaskraftwerk geben.

Seite 7

Strahm bremst SBB

Tariferhöhung, aber keine Streckenzuschläge

Preisüberwacher Rudolf Strahm hat mit den SBB einen Vertrag ausgehandelt. Er verzichtet auf seinen Einwand, die auf den Fahrplanwechsel vom 9. Dezember geplante Tariferhöhung von durchschnittlich 3,5 Prozent sei angesichts «sehr hoher Gewinne» im Personenfernverkehr nicht gerechtfertigt. Aber er blockiert die verlangten Sonderzuschläge auf ausgewählten Strecken.

Die SBB wollten u. a. für ihre «Rennstrecken» Bern–Zürich und Bern–Luzern die Anzahl der verrechneten Tarifkilometer erhöhen. Strahm erklärte, die Zuschläge seien mangels nachvollziehbarer Kriterien nicht akzeptabel. Auf der

Lötschbergstrecke wird der Weg durch den Basistunnel markant kürzer als über Kandersteg. Für beide Wege wird künftig der gegenüber dem Gotthard bereits um 30 Prozent höhere Kilometerpreis verrechnet. Strahm erklärt, am Lötschberg betrage der Sonderzuschlag neu über 100 Prozent. Das System müsse überarbeitet werden.

Die SBB sind verärgert über die Position des Preisüberwachers. Guter öffentlicher Verkehr, sagte Personenverkehrschef Paul Blumenthal an einer Medienkonferenz, habe seinen Preis. Sonst drohe Leistungsabbau. (ra)

Axpo verzichtet auf Gaskraftwerke

Für den Energiekonzern sind die vom Parlament verschärften Messlatzen für die **CO₂-Kompensation** angeblich zu hoch

Axpo setzt nun voll auf die Karte Atomstrom. Und warnt die Konsumenten, der Verzicht auf Gaskraftwerke könne sie teuer zu stehen kommen. Im Herbst diskutieren Bund und Stromwirtschaft nochmals.

CHRISTOF FORSTER

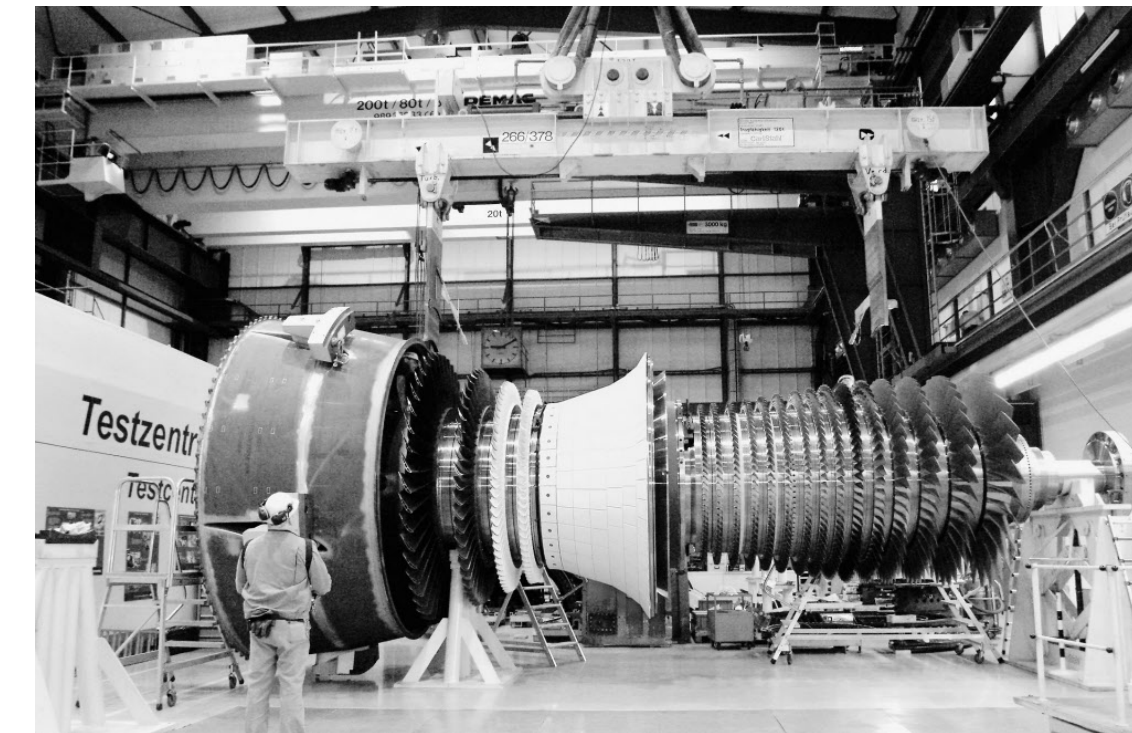
Axpo legt seine Projekte für Gaskombikraftwerke in Perlen LU und Schweizerhalle BL vorerst auf Eis, wie der Energiekonzern gestern mitteilte. Axpo begründete den Schritt mit der vom Parlament im vergangenen März beschlossenen Kompensationspflicht für Gaskraftwerke. Demnach müssen 70 Prozent der CO₂-Emissionen in der Schweiz kompensiert werden. Dies sei kaum machbar, sagte gestern Axpo-Sprecherin Daniela Biedermann. In der Schweiz gebe es zu wenige Möglichkeiten, um die geforderte Menge an CO₂-Emissionen zu kompensieren. Auf dieses Mengenproblem habe das Energiedepartement seit langem hingewiesen, sagte Michael Kaufmann, Vizepräsident im Bundesamt für Energie. Deshalb habe man vorgeschlagen, nur maximal 80 Prozent des CO₂-Ausstosses zu kompensieren und den Auslandsanteil zu vergrössern.

Die atomkritische Schweizerische Energiestiftung SES sieht hingegen keinen Mangel an Möglichkeiten im Inland. Zwar habe die Stiftung Klimarappen die günstigsten Felder schon abgegrast, doch sei bei über 40 Millionen Tonnen CO₂, die in der Schweiz jährlich ausgestossen werden, noch viel herauszuholen, sagte SES-Geschäftsführer Jürg Buri.

Bundesamt widerspricht

Laut Axpo verunmöglichen hingegen das fehlende Potenzial im Inland und die Modalitäten zur Anrechnung von CO₂-Kompensationsmassnahmen praktisch gasbetriebene Kraftwerke. Dem Energiekonzern passt nicht, dass der Bund nur jene Kompensationsleistungen anrechne, die nicht wirtschaftlich sind. Dies liege nicht im Ermessen des Bundes; hier gebe es internationale Standards, heisst es dazu im Bundesamt für Energie. Die gelten auch für den Klimarappen.

Letzter Kritikpunkt von Axpo: Der Bund wolle die Schwelle, ab welcher Kompensationsmassnahmen angerechnet werden, flexibel handhaben. Dem Konzern fehle deshalb die Rechtssicherheit. Auch



In der Schweiz will Axpo **keine Gasturbinen laufen lassen**, stattdessen steuert der Konzern den Bau eines neuen AKW an.

SIEMENSZVG

in diesem Punkt widerspricht das Bundesamt für Energie. Der Bund habe nicht freie Hand; es gelte auch hier die Regel der Wirtschaftlichkeit. So rechnen sich etwa Wärmepumpen bei neuen, kleineren Gebäuden ohnehin. Deshalb zählt eine solche Investition nicht für die CO₂-Kompensation. Anrechenbar ist hingegen der Einbau von Wärmepumpen bei bestehenden, grösseren Gebäuden, da sich dieser rein wirtschaftlich nicht lohnt.

Gespräche im Herbst

Im Herbst werden Bund und Stromwirtschaft über diese Punkte Gespräche führen. Dabei ist allerdings der Verhandlungsspielraum des Bundes klein. Der Bundesrat kann den Auslandsanteil bei der CO₂-Kompensation von 30 auf 50 Prozent erhöhen. Dies aber nur unter der Bedingung, dass die Versorgungssicherheit im Inland gefähr-

det ist. Ganz abwegig ist dieses Argument laut Experten nicht; falls Schweizer Stromkonzerne Gaskraftwerke statt in der Schweiz im Ausland bauen, ist damit noch nicht garantiert, dass sie auch sicheren Zugriff auf den dort produzierten Strom haben. Der Bundesrat könnte noch in diesem Jahr entscheiden, den Auslandsanteil auf 50 Prozent zu erhöhen. Falls dies juristisch kein Problem ist, dürfte dies der Bundesrat auch tun. In seiner Energiestrategie setzt er ausdrücklich auch auf Gaskraftwerke.

Ob unter diesen Umständen Axpo ihre Pläne für Gaskraftwerke in der Schweiz wieder aufnimmt, konnte gestern bei der Firma niemand sagen.

Axpo setzt nun auf Atomstrom

Mit dem Bau von Gaskraftwerken wollte Axpo Engpässe in der Stromversorgung bis zum Ersatz

der bestehenden Atomkraftwerke überbrücken. Nun setzt die Axpo-Gruppe, zu der die Nordostschweizerischen und die Centralschweizerischen Kraftwerke sowie die Elektrizitäts-Gesellschaft Laufenburg gehören, voll auf Kernkraftwerke. Ohne die Option Gas sei der Bau von neuen Kernkraftwerken noch dringlicher. Bis Ende 2008 will der Konzern die Grundlagen ausarbeiten, um dann beim Bund ein Rahmenbewilligungsgesuch für ein neues KKW einreichen zu können. Dies ist als Ersatz für die Reaktoren Beznau 1 und 2 geplant, die nach 2020 vom Netz gehen müssen.

Die Stromkonsumenten könnten laut Axpo für den Verzicht auf Gaskraftwerke teuer bezahlen. Es sei nicht ausgeschlossen, dass es im nächsten Jahrzehnt zu Kapazitätsengpässen und zu erheblichen Preissteigerungen kommen könnten.

Parteien zufrieden

Keine der Bundesratsparteien trauert den Axpo-Gaskraftwerken nach. Uneins sind sie, wie es weitergeht: Während FDP und SVP den Bau eines neuen AKW vorantreiben wollen, setzen SP und CVP auf Energieeffizienz und erneuerbare Energien.

Die SP lehnt neue Gaskraftwerke – ob AKWs oder Gaskombikraftwerke – generell ab. Mit Energieeffizienz und erneuerbaren Energien sei es möglich, den künftigen Bedarf zu decken, sagte SP-Sprecherin Claudine Godat gestern. Eine Stromlücke, wie sie laut Axpo droht, bezeichne das PR-Märchen.

Auch die Grünen lehnen neue Gaskraftwerke ab.

CVP-Generalsekretär Reto Nause hofft, dass der Entscheid der Axpo den Druck erhöht, sparsam mit Energie umzugehen. Die Option Atomkraft hält sich die Partei laut Nause offen. Vorangetrieben werden müssten aber die anderen Energieträger.

Dagegen möchte die FDP den künftigen Stombedarf auch mit einem neuen AKW decken. Ein Gross-Gaskraftwerk, das über 700 000 Tonnen CO₂ ausstösst, würde die Ziele der schweizerischen Klimapolitik aushebeln, schreibt die FDP. Und die SVP betont, es sei wichtig, dass die Strombranche möglichst bald ein Rahmenbewilligungsgesuch für ein neues AKW stelle. (sda)

PROJEKTE IN UTZENSTORF UND AN ANDEREN STANDORTEN BLEIBEN THEMA

BKW wollen ab 2011 mit Gas Strom produzieren

Auf dem Gelände der Papierfabrik in Utzenstorf wollen die BKW ein Gaskombikraftwerk mit einer Leistung von bis zu 400 Megawatt realisieren. Der bernische Energiekonzern hält an diesem Projekt fest. Auch andernorts wird weiter geplant.

Neben der Axpo wälzen auch die BKW Pläne für ein Gaskombikraftwerk. Die BKW Energie AG will zusammen mit der Papierfabrik Utzenstorf an deren Standort ein solches Kraftwerk bauen. Dazu hat sie zusammen mit der Papierfabrik die Energie Utzenstorf AG gegründet. An diesem Projekt halten die BKW vorerst fest. Die Nutzung des Energieträgers Gas bleibe eine Option, sagte Unternehmenssprecher Antonio Somavilla. «Unsere Strategie wird nicht tangiert.» Allerdings seien die Rahmenbedingungen mit

einer Kompensation von 70 Prozent des CO₂-Ausstosses im Inland schwierig. «Es befinden sich jedoch alle in derselben Situation.» Über die Gründe, die die Axpo zum Rückzug veranlasst haben, möchte Somavilla nicht spekulieren. Der BKW-Sprecher hielt aber fest, dass es für die Versorgungssicherheit auch neue Kraftwerke brauche. «Wir planen weiter, die Szenarien behalten ihre Gültigkeit.»

«Unverdorren weiter»

Bereits im Mai hatte Samuel Leupold, der Verwaltungsratspräsident der Energie Utzenstorf, an einem Informationsanlass betont: «Wir planen unverdorren weiter.» Leupold bestand jedoch schon damals ein, dass es ungewiss sei, wie der CO₂-Ausstoss in der Schweiz kompensiert werden könne. BKW-Direktionspräsident Kurt Rohrbach sagte in einem «Bund»-Interview nach dem Beschluss des Parla-

ments in Sachen CO₂-Abgabe auf die Frage, ob das Gaskraftwerk noch realistisch sei: «Das Projekt ist nicht unrealistisch, aber seine Realisierung wird schwieriger.»

Anwohner bekämpfen Projekt

Das Gaskombikraftwerk in Utzenstorf soll eine Leistung von bis zu 400 Megawatt aufweisen. Ein Teil der Energie wird an Ort und Stelle durch die Papierfabrik Utzenstorf verbraucht. Auch ein Teil der Wärme und des Dampfes kann für die Papierproduktion verwendet werden. Das Gaskraftwerk wird von Anwohnern bekämpft: Der Verein Megagas verlangt die Redimensionierung auf eine Leistung von 100 Megawatt.

Der Verein, der im August 2006 gegründet worden war, zählt unterdessen über 400 Mitglieder. Viele von ihnen sind Anwohner aus den Gemeinden Utzenstorf, Bätterkinden und Wiler. Der Verein kritisiert nicht nur den Ausstoss von CO₂, sondern

auch die Umweltbelastung durch Stickoxide und Ozon, die Lärmbelastung sowie die Entnahme von Grundwasser zur Kühlung.

Von den direkt betroffenen Gemeinden hat sich Wiler am kritischsten geäussert. Der Gemeinderat ist wie der Verein Megagas der Ansicht, dass das Kraftwerk «überdimensioniert» ist. Bätterkinden dagegen legte bisher eine eher erwartende Haltung an den Tag. Die Standortgemeinde Utzenstorf unterstützt das Projekt der BKW.

Ursprünglich wollten die BKW mit dem Bau bereits 2008 beginnen und das Kraftwerk 2010 ans Netz nehmen. Beim Fahrplan muss das Unternehmen eine Verzögerung in Kauf nehmen. Im Sommer 2008 soll nun das Baugesuch eingereicht werden. Die Genehmigung wird auf Ende 2008 erwartet. Die Bauzeit wird auf rund zwei Jahre veranschlagt. Die Inbetriebnahme könnte dann im Frühling 2011 erfolgen.

Vorher müssen die Unterlagen für die Umweltverträglichkeitsprüfung erarbeitet werden. Dazu wurde ein Pflichtenheft erstellt, in dem alle relevanten Punkte aufgezählt sind: Dazu gehören beispielsweise Luftreinhaltung und Klimaschutz, Grundwasser, Oberflächengewässer, Altlasten sowie Naturschutz. Laut René Bayer, Projektleiter für die Umweltverträglichkeit bei der B+S Ingenieur AG, werden derzeit verschiedene Messungen vorgenommen. So wird etwa das Wetter erfasst und der Lärm gemessen. Für den Bereich Naturschutz finden Begehungen statt, um die dort lebende Flora und Fauna zu erheben. Ausserdem wird die Wassertemperatur in der Emme und im Fabrikkanal gemessen.

Weiter in Chavalon

Neben den BKW plant auch der Energiekonzern Eos ein Gaskraftwerk. Das Projekt in Chavalon VS

werde vorerst wie geplant weiterverfolgt, sagte Sprecher Benoît Revaz. Ob das Kraftwerk tatsächlich gebaut werde, sei jedoch nicht sicher. Die Umsetzung hänge davon ab, ob der Bundesrat den Anteil der Kompensationen im Ausland auf 50 Prozent erhöhe und ob die Kompensation des gleichen Anteils im Inland überhaupt möglich sei. Eine Kompensation von 70 Prozent hält er für schwierig. Daneben seien auch noch die technischen und wirtschaftlichen Fragen zu lösen.

Weiter in Cormaux

Die Groupe E hat ebenfalls Pläne für eine Anlage im neuenburgischen Cormaux. Auch an diesem Projekt wird vorerst festgehalten, wie Sprecherin Annette Zunzer sagte. An dieser Anlage sind auch die BKW und die Romande Energie beteiligt. Letztere macht auch beim Projekt in Chavalon mit. (wal/sda)